

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß)
gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zur Unterrichtung durch die Bundesregierung
hier: Bericht über die Folgekosten des öffentlichen Personennahverkehrs
(ÖPNV)
— Drucksachen 7/4556, 7/5242 —

Bericht des Abgeordneten Müller (Nordenham)

Der federführende Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen hat den obengenannten Bericht beraten und dazu beschlossen, die Bundesregierung zu ersuchen, in regelmäßigen Abständen von fünf Jahren über die Entwicklung der Kostenunterdeckung im öffentlichen Personennahverkehr zu berichten. Die Berichterstattung erfordert für diesen Zeitraum einen Verwaltungskostenaufwand bis zu 1 000 000 DM.

Diese Kosten können in den kommenden Jahren im Rahmen der laufenden Personal- und Sachkosten des Einzelplans 12 gedeckt werden. Der Beschluß des federführenden Ausschusses für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen zur Drucksache 7/4556 ist deshalb mit der Haushaltslage vereinbar.

Bonn, den 19. Mai 1976

Der Haushaltsausschuß

Leicht	Müller (Nordenham)
Vorsitzender	Berichterstatter